



## Niederschrift

65. Plenarsitzung des Gemeinderates  
18. Juni 2024, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

**Punkt 5 der Tagesordnung: Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen. Konzept zur Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention), Teil 2**  
Vorlage: 2024/0307

## Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt nach Vorberatung im Sozialausschuss die Ergebnisse der Bestands- und Bedarfsaufstellung für ein kommunales Konzept zur Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung, die Umsetzung der Istanbul-Konvention in der beschriebenen Form weiter fortzusetzen.

## Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Zustimmung (41 Ja)

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 5 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Sozialausschuss am 15. Mai 2024.

**Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE):** Vielen Dank für die ausführliche Vorlage, der wir gerne zustimmen. Der Blick auf beide Konzeptteile zeigt, wie unterschiedlich das Spektrum der Gewaltformen ist und wie notwendig die entsprechenden Hilfsangebote. Die Gesamtumsetzung der Istanbul-Konvention auf kommunaler Ebene ist eine Daueraufgabe. Dass wir im Herbst die Einrichtung einer dauerhaften Koordinierungsstelle beschlossen haben, war zwingend notwendig. Die Vorlage zeigt für den ersten Konzeptteil die bereits erreichten Erfolge auf. Sie verweist auf gut funktionierende Strukturen, eine gewisse Grundversorgung und ein gewachsenes Netz an Frauenberatungsstellen. Dies ist ein deutlicher Unterschied zum aktuell bearbeiteten Teil 2 mit den Gewaltformen Zwangsheirat, weibliche Genitalverstümmelung, Straftaten im Namen der sogenannten Ehre sowie Zwangsabtreibung und Zwangssterilisation. Hier sind noch viele Lücken im Hilffsystem zu schließen. Es existieren weder Netzwerke, auf die man zurückgreifen kann, noch spezifische Beratungsstellen oder Angebote.

Angesichts hoher Dunkelziffern und teilweise steigender Zahlen gibt es einen dringenden Handlungsbedarf. Es müssen Wege gefunden werden, auch betroffene Frauen in traditionellen, streng patriarchalischen Familiensystemen zu erreichen. Sie müssen diversitätssensibel beraten und uneingeschränkt bei ihrem Recht auf Selbstbestimmung unterstützt werden. Gewalt gegen Frauen muss immer sichtbar gemacht werden und ist durch nichts zu rechtfertigen.

Wir befürworten die in der Vorlage vorgeschlagene Priorisierung der Bedarfe und die Festlegung der Umsetzungsziele für die nächsten beiden Jahre. Ein notwendiger erster Schritt ist die genannte Einrichtung von runden Tischen zu den je spezifischen Gewaltformen. Sie müssen sich vorrangig den Themen Vernetzung, Aufklärung, Sensibilisierung, Prävention und Beratung widmen. Wir begrüßen, dass bereits vorhandene Ansätze mit einbezogen werden, wie zum Beispiel unser Antrag von 2020 zu weiblicher Genitalverstümmelung. Es wäre ein Schritt in die richtige Richtung, wenn Maßnahmen wie die Einrichtung einer medizinischen Sprechstunde am Klinikum und die flächendeckende Verbreitung des Schutzbriefes der Bundesregierung zeitnah umgesetzt werden könnten.

**Stadträtin Meier-Augenstein (CDU):** Seit Februar 2018 ist die sogenannte Istanbul-Konvention in Kraft. Wir haben uns als Land dafür ausgesprochen, diesem Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt beizutreten, und sind seitdem hier im Haus und auch in den entsprechenden Ausschüssen engagiert, um dieses Thema aufzuarbeiten, um den schutzsuchenden und hilfebenötigten Frauen und ihren Familien, vor allem auch den Kindern, entsprechende Hilfe zu bieten. Meine Vorrednerin, die Kollegin hat es schon ausgeführt, wir haben hier ein tolles Konzept vorliegen. Vielen Dank auch an die entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserer Verwaltung, die den Teil 1 schon erarbeitet und in der Umsetzung sind und jetzt uns hier den zweiten Teil auch vorgelegt haben, wo sich doch wieder sehr deutlich zeigt, dass auch hier großer Handlungsbedarf ist.

Wir als CDU-Fraktion gehen diesen Weg uneingeschränkt mit. Wir möchten aber erneut darauf hinweisen, dass wir auch Bund und Land in der Pflicht sehen, denn es handelt sich um eine gesetzliche Vorgabe durch den Beitritt unserer Bundesrepublik zu dieser Istanbul-Konvention, und doch sind wir mit unserem städtischen Haushalt auch noch in der Verantwortung. Das kann aus unserer Sicht nicht sein. Wir fordern ausdrücklich noch einmal auch, dass Land und Bund mehr Mittel zur Verfügung stellen müssen, damit wir hier vor Ort, wo wir natürlich den Bezug zu den Frauen, zu den Familien, zu den Kindern haben, die betroffen sind, dann die Hilfeleistung erbringen können.

Ich möchte auch für meine Fraktion noch einmal ausdrücklichen Dank sagen an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den Beratungsstellen jetzt schon tätig sind, die in den Frauenhäusern ganz konkrete Hilfe anbieten, weil das ein so wichtiges Thema ist und ein auch schlimmes Thema, wenn wir immer wieder auch mit den neuen Zahlen konfrontiert werden, immer im November, wenn der Tag gegen Gewalt an Frauen ist und diese Zahlen dann wieder groß durch die Presse gehen, wir doch alle sehr schockiert sind, was hier in unserem Umfeld alles passiert. Insofern gehen wir diesen Weg heute sehr gerne mit und danken allen, die dieses Konzept erstellt haben und uns die Vorschläge dann präsentieren, wie wir hier gemeinsam etwas dagegen tun können.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Gewalt gegen Frauen muss konsequenter bekämpft und verhütet werden. Das verlangt die UN-Konvention. Diesen Auftrag nehmen wir aber auch als Stadt Karlsruhe sehr ernst. Ich bin fest davon überzeugt, dass auch der neue Gemeinderat eine ganz klare Haltung vertreten wird.

Unser Dank geht auch zuallererst an das Gleichstellungsbüro, an alle, die an dieser Erarbeitung mitgewirkt haben, die Verbände, die Institutionen. Nach Abschluss des Konzeptteils 2 können wir dank der in den Haushaltsberatungen eingerichteten dauerhaften Koordinierungsstelle konsequent an die Umsetzung gehen. Die beiden Konzeptteile zeigen auf, welche Arbeit in verschiedenen Bereichen geleistet, intensiviert oder auch neu aufgenommen werden muss. Ich finde, es war auch ein ganz fantastisches Signal, dass im Rahmen der Haushaltsberatung dieser Antrag, diese dauerhafte Koordinierungsstelle, tatsächlich der erste einstimmige Antrag war, den wir hier im Hause verabschiedet haben. Das ist ein gutes Signal. Ich glaube, das zeigt auch, welche Wichtigkeit das hier im Haus hat.

Der zweite Konzeptteil, darauf ist meine Kollegin Sardarabady eingegangen, zeigt sehr viele Handlungsbedarfe auf und auch die Notwendigkeit zu vernetzen und auch über die Grenzen Karlsruhes hinaus zu vernetzen. Unser Hilfesystem hat in diesem zweiten Teil deutlich weniger, auf das wir aufbauen können. Einen besonderen Fokus wollen wir in der Debatte als SPD auch auf das Thema Gewalt gegen behinderte Frauen legen, weil schon im ersten Konzeptteil, in dem relativ gut dargestellt ist, die Feststellung getroffen werden musste, dass die Angebote nicht auf behindertengerechte Bedarfe erfüllt sind. Selbst in den Bereichen, in denen wir sehr gut dargestellt sind, und hier ist das Thema auch wieder benannt als ein Bereich, der in Karlsruhe sicher noch zu wenig abgebildet wird.

Es gibt auch viele andere Bereiche, in denen wir mehr tun müssen. Weibliche Genitalverstümmelung ist ein Thema, bei dem die Zahlen auch massiv zunehmen. Auch hier müssen wir unser Hilfesystem anpassen. Wir werden es gemeinsam mit denjenigen, die in diesen Bereichen schon aktiv sind, in Karlsruhe angehen. Aber es macht es tatsächlich spannender, dass wir bei vielem auch Neuland betreten für uns. Jetzt müssen wir uns im Weiteren über Ziele, Zuständigkeiten und Zeiträume, auch über Prioritäten verständigen. Es ist sicher richtig, dass man die Haushaltslage im Blick haben muss, dass wir aber trotz und aller Situationen konsequent an der Umsetzung der Istanbul-Konvention weiterarbeiten müssen, weil - die Feststellung haben wir gemeinsam getroffen - alle staatlichen Ebenen gefordert sind.

Natürlich unterstütze ich auch völlig den Appell, Bund und Land zu fordern an dieser Stelle, aber die Kommune ist genauso mitgefordert. Ich hoffe, dass wir am Ende dann nicht mehr in der Evaluation, nicht mehr diese Feststellung treffen müssen, dass keine der Anforderungen aus der Istanbul-Konvention erfüllt ist, wie wir das in diesem Bericht jetzt leider an der einen oder anderen Stelle haben.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Meine Fraktion wird heute dieser Vorlage zustimmen. Ich denke, wir haben bei den Haushaltsberatungen einen wichtigen Schritt getan, dass wir diese Koordinierungsstelle einstimmig beschlossen haben. Meine Fraktion hat ganz große Hoffnungen, dass sich das dann auszeichnet. Was die Kollegin Melchien gerade benannt hat, dass man noch einmal verstärkt auf den Bereich behinderter Frauen genauer hinguhen muss, was da vielleicht noch mehr getan werden soll, das möchten wir unterstützen. Das ist auch für uns ein ganz starkes Anliegen. Das werden wir jetzt in der neuen

Legislaturperiode sehr genau beobachten und wenn notwendig, auch entsprechende Anträge dazu stellen.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Vor 15 Jahren haben wir hier in Karlsruhe eine Stiftung gegründet, die Mende-Nazer-Stiftung. Mende Nazer ist eine sudanische Frau, die Sklavin in Khartum war und dann Sklavin in London. Sie hat ein Buch darüber geschrieben, Sklave zu sein. Der Grund, warum ich das hier nenne - ich treffe Mende Nazer nächsten Monat in Kanada - ist, dass wir sie gefragt haben, was war das Schlimmste überhaupt in diesem Sklaven-Sein. War das vergewaltigt zu werden, war das die Gewalt und so weiter? Und sie sagte, das Schlimmste war, dass die mir einen Namen weggenommen haben. Die haben mich nur Yebit genannt, und Yebit ist Arabisch für einen Gegenstand, der keinen Namen verdient hat. Als Mann verstehe ich ganz einfach nicht, das geht über meine Intelligenz, zu verstehen, wie man sogar in einer Ehe, die hoffentlich am Anfang positiv und mit Liebe gegründet war, wie man plötzlich eine Frau als einen Gegenstand behandeln kann und die Menschlichkeit total wegnehmen, die Identität, die Persönlichkeit und seine Frau als einen Yebit, einen Gegenstand, der keinen Namen verdient hat, behandeln kann.

Wir stimmen selbstverständlich zu. Als Mann, man soll nicht pauschalisieren, aber ich schäme mich, dass so etwas überhaupt noch passiert und sehr oft passiert, das weiß ich auch als Schulleiter, wo ich in vielen Familiensituationen involviert war. Es geht über meine Intelligenz und Verfassung, und ich kann das nicht fassen. Wir stimmen dem zu.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE):** Gewalt gegen Frauen darf keinen Platz in unserer Gesellschaft und auch nicht in unserer Stadtgesellschaft haben. Das ist der Anspruch, mit dem wir in dieses Konzept zur Umsetzung der Istanbul-Konvention auch in Karlsruhe gestartet sind. Heute liegt der zweite Teil der Bedarfserhebung vor zu Gewaltformen, die bisher eher unter dem Radar geblieben, unsichtbar geblieben sind. Wir sprechen heute über Zwangsheirat, Genitalverstümmelung, Straftaten, Verstoß gegen die sogenannte Ehre, Zwangsabtreibung, Zwangssterilisierung von vor allem Frauen mit Behinderung. Das alles ist auch in Karlsruhe eher unter dem Radar geblieben bisher. Das zeigt sich darin, dass, wie es in der Sozialarbeit so schön heißt, Interventionsketten bisher wenig koordiniert und gefestigt sind, es keine spezifischen Angebote gibt, die noch fehlen, eine Zuständigkeitsverteilung zwischen den vielen Einrichtungen, die wir in Karlsruhe haben, die Tolles leisten, auch schon in den Bereichen Tolles leisten, noch nicht so wirklich richtig gefestigt ist und die Kommunikation hier einfach verändert und ausgeweitet werden kann. Das soll sich ändern. Das ist eine Erkenntnis, die wir jetzt haben und natürlich auch dank der Tatsache, dass wir diese Koordinierungsstelle im letzten Haushalt festigen konnten, verstetigen konnten, auch wirklich umsetzen können, dass wir diese ganz wichtige Vernetzungsarbeit, die an erster Stelle stehen muss, um einen dauerhaften Weg zu finden, wie wir diese Thematiken angehen, auch mit unseren bestehenden Angeboten schon, wie wir Institutionen vernetzen, das auch Wirklichkeit werden kann und wir auch Licht in dieses ganze Dunkelfeld der Fallzahlen bringen können.

Ganz wichtig an dieser Stelle ist auch, dass wir die Beauftragte für Menschen mit Behinderungen in der Stadt einbeziehen, die auch ein sehr großes Interesse hat, daran mitzuarbeiten, aber auch wieder deutlich macht, mit ihren bisherigen Stellenkapazitäten ist das für sie nicht zu leisten. Deswegen haben wir auch im letzten Haushalt leider ohne Erfolg gefordert, dass hier mehr Stellen geschaffen werden müssen für diese wahnsinnig wichtige Arbeit und damit, das steht auch zum Glück in dem Konzept drin, dass es notwendig ist, das

auch endlich umgesetzt werden kann. Denn Frauen mit Behinderungen sind generell besonders gefährdet, von Gewalt betroffen zu sein. Das geht dann natürlich auch über den Bereich Zwangssterilisierung etc. weit hinaus. Da haben wir noch gravierende Lücken in unserem Hilfesystem, wo wir etwas ändern müssen. Ganz klar, wir müssen das ändern, denn wir Frauen sind erst frei, wenn jede von uns frei von Gewalt ist.

**Stadtrat Schnell (AfD):** In Ergänzung zu dem von vielen hier und auch bereits im Sozialausschuss Gesagten möchte ich zum Thema der Zwangsbeschneidungen folgendes ergänzen. Wie der Vorlage zu entnehmen ist, hat die Zahl der weiblichen Genitalverstümmelung allein zwischen 2017 und 2020 um 40 Prozent zugenommen, und es sind laut einer Untersuchung im Zusammenspiel mit einer Dunkelzifferstatistik allein in Baden-Württemberg eine fünfstellige Zahl von Frauen und Mädchen gefährdet, dies zu erleiden. Die in der Vorlage aufgeführten Aufgaben des runden Tisches und wie sie bearbeitet werden sollen zu diesem Thema, erachten wir als wichtig und richtig. Deshalb stimmen wir der Vorlage zu.

Aber reicht dies denn auch aus? Denn Aufklärungs- und Präventionsprogramme mit mehrsprachigem Aufklärungsmaterial, wie zum Beispiel der Schutzbrief der Bundesregierung gegen weibliche Genitalverstümmelung, können nur dann etwas bewirken, wenn potenziell Betroffene denn auch erreicht werden bzw. sie Zugang dazu haben. Oftmals erfolgen verstümmelnde Eingriffe in deren Herkunftsland. Wenn hier den potenziellen Veranlassern bzw. Tätern, denen durchaus bewusst ist, dass dies, selbst wenn es im Ausland durchgeführt wird, unter Strafe gestellt ist, zusätzlich klipp und klar kommuniziert wird, dass Heimurlaube von Personen ohne gesicherte Aufenthaltsperspektive unweigerlich dazu führen, dass ihnen die Wiedereinreise nach Deutschland untersagt wird und dies auch strikt kontrolliert und durchgesetzt wird, dann besteht eine deutlich größere Chance, solche menschenverachtenden Eingriffe gar nicht erst geschehen zu lassen. Deshalb sollte die Stadt, sei es direkt oder über den Städtetag, bei den zuständigen Landes- und Bundesbehörden darauf hinwirken, dass solche Wiedereinreisen unterbunden werden.

**Der Vorsitzende:** Ich will jetzt gar nichts dazu ergänzen, außer mich ganz herzlich bei Verena Meister und ihrem Team zu bedanken für die wirklich sehr umfassende Arbeit, die jetzt hier auch zum zweiten Teil dieser Thematik oder einer zweiten Beschlussvorlage zu dieser Thematik geführt hat.

Damit können wir jetzt in die Abstimmung einsteigen, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Ich hatte Ihren Beitrag anders verstanden, Herr Schnell. Okay, also dann einstimmige Zustimmung. Vielen Dank. Das ist, glaube ich, bei diesem wichtigen Thema auch ein gutes Ergebnis und eine gute Bestätigung der konzeptionellen Vorarbeiten.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Für das Protokoll ist es jetzt richtig festgestellt worden, aber dieses Abstimmungsergebnis, das bleibt im Netz ewig, und dann sieht es so aus, als wenn der Herr Schnell dagegen war. Ich bin der Meinung, man sollte noch einmal die Abstimmung wiederholen, damit wirklich das einheitliche Bild im Interesse aller hier dann auch angezeigt wird.

**Der Vorsitzende:** Kein Problem. Also ich merke, mein Appell zur Kollegialität ist auf fruchtbaren Boden gefallen. Wir wiederholen die Abstimmung, und zwar ab jetzt. – Einstimmigkeit. Ja, jetzt en wir es geschafft.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
2. Juli 2024